

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 8 66 846 ppbn d

Inhalt

Dieter Spöri MdB fordert eine gerechte und finanzierbare Steuerpolitik: Der Marsch in den Lohnsteuerstaat muß gestoppt werden.

Seite 1

Anke Martiny MdB würdigt die Verbesserung des Verbraucherschutzes bei Ratenkrediten: Wucherische Machenschaften erschwert.

Seite 4

Dokumentation:

Der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt entwickelte in einem Vortrag, den wir in zwei Teilen dokumentieren, „Berliner Perspektiven“ (Teil I)

Seite 5

42. Jahrgang / 190

6. Oktober 1987

Der Marsch in den Lohnsteuerstaat muß gestoppt werden

Wir brauchen eine gerechte und finanzierbare Steuerpolitik

Von Dieter Spöri MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Finanzausschuß des Deutschen Bundestages

Entgegen allen Ankündigungen und Versprechungen hat die Bundesregierung die Lohnsteuerbelastung der Arbeitnehmer auf neue Rekordhöhen geschraubt. Auch wenn 1988 von den angekündigten Steuersenkungen von „knapp 50 Milliarden DM“ dann rund 30 Milliarden DM wirksam geworden sein werden, nimmt die Lohnsteuerbelastung der Arbeitnehmer weiter dramatisch zu.

1. Die Lohnsteuerzahler müssen einen immer größeren Anteil zum geplanten Steueraufkommen beitragen:

1982	32,6 Prozent)	} Ist-Ergebnis
1986	33,6 Prozent)	
1987	35,0 Prozent)	} Steuerschätzung Mai 1987
1988	35,3 Prozent)	
1989	36,3 Prozent)	
1990	37,3 Prozent)	

Der Anstieg des Anteils der Lohnsteuer an den gesamten Steuereinnahmen von 32,6 Prozent (1982) auf 37,3 Prozent (1990) bedeutet in Zahlen 25 Milliarden DM mehr Lohnsteuer im Jahr 1990 für die Arbeitnehmer.

2. Den Arbeitnehmern wird von ihren Löhnen und Gehältern immer mehr Lohnsteuer abgezogen. Das zeigt die Entwicklung der Lohnsteuerquots:

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichtung
zur
Reinstück-Druck



Jahr	Lohnsteuer quote ¹⁾
1982	16,1 v.H.
1986	17,3 v.H.
1987	18,2 v.H.
1988	18,0 v.H.
1989	18,7 v.H.
1990 ²⁾	19,2 v.H.

1) Lohnsteueraufkommen in von Hundert der Bruttolohn- und Gehaltssumme einschließlich Pensionen.

2) Ohne Berücksichtigung des Steuerpakets 1990.

3. Auch dem einzelnen Arbeitnehmer wird ein immer größerer Teil seines Einkommens als Lohnsteuer abgezogen. Für den statistischen Durchschnittsverdiener gilt zum Beispiel:

Statistisches Durchschnitts- einkommen in DM	Steuerbelastung (unter Beachtung aller vorgesehenen Steuersenkungen)			
	Ledige		Verheiratete	
	in DM	in v.H.	in DM	in v.H.
1982: 32 695	5 314	16,2	3 280	10,0
1985: 36 032	6 427	17,8	3 826	10,6
1986: 37 244	6 679	17,9	3 944	10,6
1987: 38 599	7 138	18,5	4 228	11,0
1988: 39 950	7 183	18,0	4 396	11,0
1989: 41 348	7 629	18,5	4 704	11,4
1990: 42.795))	

1) Nicht berechenbar, weil die kompensatorischen Steuererhöhung durch den Abbau von arbeitnehmerspezifischen Steuervergünstigungen noch nicht endgültig feststehen.

4. Die Lohnsteuer ist aber für die Arbeitnehmer nur ein Teil ihrer gesamten Steuer- und Abgabenbelastung. Auch die Gesamtbelastung der Arbeitnehmer mit Steuern und Abgaben steigt immer

mehr an. Der Bund der Steuerzahler hat folgende Steuer- und Abgabenbelastung für Durchschnittsverdiener ermittelt:

1982	39,8 Prozent
1986	41,9 Prozent
1987	42,5 Prozent
1988	42,3 Prozent
1989	42,8 Prozent
1990	43,4 Prozent

5. Die Folge dieser Entwicklung ist: Seit 1982 ist der Anteil der Arbeitnehmer am gesamten Netto-Einkommen von 66,3 Prozent um 7,9 Prozent auf 58,4 Prozent gesunken. Der Anteil der Unternehmer und Vermögensbesitzer am gesamten Netto-Einkommen ist dagegen von 33,7 Prozent um 7,9 Prozent auf 41,9 Prozent gestiegen.

Diese Fakten beweisen: Die Steuerpolitik der Bundesregierung ging bisher schon einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer. Und wenn die Bundesregierung erst den Steuererhöhungsanteil von 19 Milliarden DM ihres Steuerpakets 1990 vorlegt, wird sich zeigen, daß die Millionen Arbeitnehmer weiter die großen Verlierer der Steuerpolitik der Bundesregierung sein sollen.

Die SPD fordert: Der Marsch in den Lohnsteuerstaat muß endlich gestoppt werden. Deshalb fordert die SPD eine gerechte und finanzierbare Steuerpolitik. Wir brauchen eine Politik für mehr Steuergerechtigkeit für kleine und mittlere Einkommen. Die Arbeitnehmer dürfen nicht länger die Melkkühe des Bundesfinanzministers sein.

(-/6.10.1987/rs/ks)

* * *



Wucherische Machenschaft erschwert**Der Verbraucherschutz bei Ratenkrediten wurde verbessert**

Von Anke Martiny MdB

Verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Seit einigen Jahren haben Verbraucherverbände und engagierte Verbraucherpolitik sittenwidrigen Kreditverträgen von Teilzahlungsbanken und Kreditvermittlern den Kampf angesagt. Hintergrund dieses Bemühens ist die Erkenntnis, daß allein zwischen 1975 und 1979 schätzungsweise eine Million sittenwidrige und damit nichtige Ratenkreditverträge abgeschlossen wurden und - nach einer Zwischenphase allgemeiner Hochzinsen - in jüngster Zeit die Anzahl der bei Verbraucherorganisationen vorliegenden überkauften Verträge wieder auffällig zugenommen hat.

Kernpunkte der Verbraucheraktionen der letzten Jahre waren

- die Intensivierung der Aufklärungsarbeit in Sachen Ratenkredit,
- das Angebot der Verbraucherzentralen (mit Ausnahme der bayerischen Verbraucherzentrale!), die Ratenkreditverträge auf überhöhte, sittenwidrige Zinsen zu überprüfen und
- die Verbesserung der Rechtslage von Ratenkreditnehmern.

Mit seiner jüngsten Grundsatzentscheidung hat der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe die wucherischen Machenschaften mancher Kreditgeber zwar nicht unmöglich gemacht, aber zumindest erschwert. Für sittenwidrige Teilzahlungskredite gilt künftig, daß die Verbraucher auch dann noch gute Abwehrchancen haben, wenn die Kreditgeber bereits einen rechtskräftigen Vollstreckungstitel erwirkt haben, das heißt die Verbraucher - meist aus Unkenntnis oder Angstlichkeit - weder Widerspruch gegen den Mahnbescheid noch Einspruch gegen den Vollstreckungsbescheid eingelegt haben.

Mit diesem Urteil korrigiert der Bundesgerichtshof einen groben Mangel des 1977 zur Entlastung der Gerichte eingeführten Mahnverfahrens. Nach Auffassung der Verbraucherpolitiker war nämlich immer häufiger dieses geänderte Mahnverfahren zu einem Duell professioneller Anwälte und Mahnabteilungen großer Institute gegen den „kleinen Mann“ geworden. Konkreter Kritikpunkt war, daß in der Praxis manche Kreditgeber die Tatsache brutal ausnutzen, daß die Mahnbescheide ohne inhaltliche Prüfung der Berechtigung meist im maschinellen Verfahren erlassen wurden und - nach den Erfahrungen der Verbraucherverbände - in 80 bis 90 Prozent der Fälle die Betroffenen von der Möglichkeit des Widerspruchs nicht Gebrauch machten. Bislang konnte so ein unerfahrener Schuldner selbst dann, wenn es sich um einen sittenwidrigen, das heißt mit weit überhöhten Zinsen ausgestatteten Ratenvertrag handelte, auf sehr lange Zeit in die Hand des Gläubigers fallen.

Das BGH-Urteil ist ein Etappensieg für den Verbraucherschutz. Weitere Schritte müssen hinzukommen. Hierzu gehört die Verstärkung der Aufklärungsarbeit, zum Beispiel durch die Verbraucherzentralen der Länder und andere Schuldnerberatungsstellen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird sich ihrerseits konsequent für den Ausbau der finanziellen Förderung der Schuldnerberatung einsetzen, trotz oder gerade wegen der schrillen Töne, die in Sachen Ratenkredite in letzter Zeit von einzelnen Anbietern zu hören sind. Wir halten auch an den Zielen unseres Antrages „Insolvenzverfahren für Arbeitnehmer und Verbraucher“ fest, den wir im Dezember 1986 in den Bundestag eingebracht haben. Dieser sieht unter anderem die Möglichkeit eines besonderen Schuldenbereinigungsverfahrens vor dem Rechtspfleger vor, wenn Verbraucher zahlungsunfähig geworden sind. Denn das geltende Konkurs- und Vergleichsrecht versagt bei der Zahlungsunfähigkeit von Verbrauchern. Ähnlich wie bei einem Unternehmen muß es auch für den redlichen Verbraucher die Möglichkeit einer Restschuldbefreiung geben.

(-/6.10.1987/va-he/rs)

* * *



DOKUMENTATION

Willy Brandt: Berliner Perspektiven (Teil I)

Der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt entwickelte am Samstag in Berlin in einem Vortrag Perspektiven für diese Stadt, die wir in zwei Teilen dokumentieren. Brandt sprach auf Einladung der Berliner SPD; Anlaß war seine Wahl zum Regierenden Bürgermeister vor 30 Jahren.

Es sind etwas zwispältige Gefühle, mit denen ich zu dieser Veranstaltung gekommen bin; Einerseits denke ich an die Zeit, in der ich in und für Berlin Verantwortung trug, wirklich gern zurück. Es waren - allen damaligen Schwierigkeiten zum Trotz - schöne Jahre. Ich bleibe denen dankbar, die mir geholfen haben. Und ich weiß die heutige Erinnerung an meinen Amtsantritt als Regierender Bürgermeister wohl zu schätzen.

Zum anderen denkt man bei einer solchen Gelegenheit auch an Enttäuschungen, die vermeidbar waren und an Chancen, die ungenutzt blieben. Und dann wirst du ja auch mit der Nase darauf gestoßen, daß du nicht jünger geworden bist.

Daß einen Texte aus früheren Jahren gelegentlich wundern, liegt auf der Hand. Was zu einer Situation gehört, paßt nicht immer in eine andere. Außerdem soll es vorkommen, daß einer hinzulernt, ohne damit Grundüberzeugungen über Bord gehen zu lassen.

Doch ich will mich heute nicht bei der Vergangenheit aufhalten. Beim Blick nach vorn, zu dem ich einlade, hilft ein dieser Tage erschienenes Büchlein der CORSD-Reihe, in dem - der auch sonst um das Durchdenken deutscher Fragen verdiente - Peter Bender drei wichtige Feststellungen getroffen hat. Wer sich über Berliner Perspektiven Gedanken macht, kommt daran nicht vorbei. Er schreibt (Seite 96), die beste Berlin-Politik sei „eine Europapolitik, die auf die alten KSZE-Ziele Sicherheit und Zusammenarbeit gerichtet ist“, die Stadt sollte Gelegenheit finden, „sich dort nützlich zu machen, wo sich auf weitere Zukunft auch ihr Schicksal entscheidet, beim Zusammenwachsen der beiden Teile Europas“. Weiter heißt es (Seite 98), auf beiden Seiten der Mauer werde man „die Lektion lernen müssen, die Bundesrepublik und DDR schon früher zu lernen hatten: was man gegeneinander nicht schafft, muß man miteinander tun“.

Bender fügt auch dies hinzu (Seite 99): „Was immer man für die Zukunft Berlins wünscht - für wesentliche Besserung wird der europäische Rahmen kaum genügen, eine Regelung der deutschen Verhältnisse muß hinzukommen.“

Ich habe kürzlich an anderer Stelle an den Selbstbehauptungswillen der Berlinerinnen und Berliner erinnert, ohne den wir die großen Schwierigkeiten der ersten Nachkriegsjahrzehnte nicht überstanden hätten. Es ist wichtig, daß dies nicht in Vergessenheit gerät. Wir agieren ja nicht im luftleeren Raum.

Unbestreitbar bleibt auch, daß die Sozialdemokraten im Ringen um Selbstbehauptung und Aufbau eine besonders Rolle spielten und daß sie dieser Stadt während langer Zeit eine verlässliche Führung gaben. Wir wissen, daß sich das Vertrauen einer Mehrheit nicht pachten läßt, sondern daß es immer wieder neu erworben werden muß. Doch ich vertraue darauf, daß es erneut und weiterhin einen maßgeblichen sozialdemokratischen Beitrag für eine gute Berliner Zukunft geben wird.

Manchmal treibt mich freilich die Sorge um: Kleingeist und ein Denken in veralteten Bahnen könnten uns daran hindern, voll zu den Wegen durchzudringen, die in die Zukunft führen. Dabei dürfte gewiß keine Chance ungenutzt bleiben im Ringen um die Organisation des Friedens in Europa.

Und: So wahr es ist, daß es eine Lösung der deutschen Frage, losgelöst von ihren europäischen Zusammenhängen nicht gibt, als so wahr wird sich erweisen, daß eine in sich geschlossene und weit über den Tag hinaus tragende Lösung für Berlin isoliert nicht zu haben ist. Doch als große Stadt beziehungsweise Doppelstadt vielfältiger deutscher und europäischer Begegnungen mag unser Berlin eine lichtere Zukunft haben, als ihr einige zugeachtet, andere zugetraut hatten.

Ich kann nicht dazu raten, mit vorgestrigen Denkfiguren zu demonstrieren oder sich in politischer Selbstbefriedigung zu gefallen. Ich bin an der Seite derer, die energisch und einfallsreich West-Berlin als modernes Wirtschafts- und Wissenschafts-, als Technik- und Dienstleistungs-, als Kultur- und Tagungszentrum weiter ausbauen wollen und die gleichzeitig nach Wegen und Mitteln suchen, um die beiden Teile der Doppelstadt durch sich ergänzende Aufgaben auf neue Weise miteinander zu verbind-



den. Dazu gehört es - zunächst gewiß in bescheidenem Maße, dann aber hoffentlich in größerem Umfang - Aufgaben wahrzunehmen, die für beide Seiten in Deutschland und in Europa oder weltweit von Interesse sind.

Die eine oder andere Konferenz, die eine oder andere Institution aus dem Bereich gesamt-europäischer Zusammenarbeit nach Berlin zu bekommen, muß beispielsweise nicht unrealisierbar bleiben. Dazu ist dann aber erforderlich, daß beide deutschen Seiten dies fördern. Das heißt, daß die auch in den Katalog des von Bonn positiv zu Beeinflussenden aufgenommen wird. Und es heißt weiter, daß die Schutzmächte sich nicht querlegen - aber weshalb sollten sie?

Wegrufen lassen hat sich die Mauer nicht, bleiben wird sie auch nicht bis in alle Ewigkeit. Doch, wer weiß wie lange? Inzwischen muß es uns darum gehen, daß brutale Trennungen nicht vertieft, sondern daß sie abgemildert werden; das kann die Überwindung leichter machen.

Erstaunlicherweise hat sich der Streit darüber, wie offen die deutsche Frage sei, über mehr als 30 Jahre gehalten. Aber auch die Fakten, die Interessen haben sich noch nicht grundlegend verändert. Das viele Reden über die gedankennahe Formel einer „Wieder“-Vereinigung konnte fast vergessen machen, welche Führer genannten Verbrecher es waren, die den großen Krieg entfesselten, der Deutschlands Teilung nach sich zog.

Wer die Linie von vor 30 Jahren zur Gegenwart zieht, wird objektiv festzustellen haben, daß die deutsche Frage im Sinne der staatlichen Einheit, mit entsprechenden Auswirkungen auf Berlin - heute wie damals - nicht im eigentlichen Wortsinn offen ist; schon gar nicht, solange es NATO und Warschauer Pakt gibt - zumal die Bundesrepublik wie die DDR im Rahmen der Bündnisysteme heute wesentlich mehr bedeuten als vor 30 Jahren. Beide deutschen Staaten sind in diese Sicherheitssysteme so weit integriert, daß sie, zur Befriedigung ihrer Nachbarn, nicht fähig wären, Krieg zu beginnen - was sie ja auch tatsächlich nicht wollen! Ihre Integration dient dem Gleichgewicht, das in all seiner Relativität vom Verhältnis zwischen den beiden Supermächten bestimmt ist. In der Teilung wurden die beiden deutschen Staaten insoweit für den Frieden in die Pflicht genommen. Sofern es um Frieden ging, entsprach dies dem eigenen Interesse; jedenfalls entsprachen die beiden deutschen Seiten damit der Realität, daß sie weder allein noch gemeinsam außerhalb der prägenden Bündnisysteme Sicherheit gewinnen können.

Die heutige Diskussion darüber, wie offen die deutsche Frage sei, ist rückwärtsgewandt. Sie kann Illusion und Selbstbetrug verlängern. Denn was Anfang der 50er Jahre möglich gewesen sein könnte, wird zu einer Sache der Historiker. Politik kann sich nicht in Vergangenheitsbewältigung erschöpfen. Auf der anderen Seite sehen viele in unserem Volk eben durchaus, wie vorrangig es weltweit ist, die Rüstungsschraube anzuhalten, der rasanten Umweltzerstörung entgegenzuwirken, dem Hunger in der Dritten Welt und sonstigen Katastrophen zu begegnen.

Um die Gespaltenheit politischen Verhaltens zu überwinden, müßte es gelingen, den nostalgischen Teil der Diskussion über Deutschland hinter uns zu lassen. Geschichte läßt sich nicht zurückdrehen. Doch unsere Chance liegt darin, daß wir vom Status quo her Geschichte im Sinne von Zukunft denken. Das heißt, über Deutschland nicht nur nachdenken, sondern bewußt vordenken. Und dabei nie zu vergessen, was der Bundespräsident in die Worte kleidete: „Die deutsche Frage gehört uns nicht allein.“

Im Gefühl für Realitäten lag es, daß wir seinerzeit - ein paar Jahre nach der Mauer - uns dazu durchringen, vom Status quo auszugehen und ihn insoweit anzuerkennen. Es ist kein Zufall, daß alles Wesentliche, was erreicht worden ist an Erleichterungen, von dieser Anerkennung des Status quo ausgeht: Von den Passierscheinen hier in Berlin über das Verkehrsabkommen bis zum Grundlagenvertrag zwischen Bundesrepublik und DDR.

Dies war damals alles sehr umstritten, und eigentlich konnte das niemanden von uns überraschen. Erstaunt war ich eher über diejenigen, die plötzlich als Ausfluß ihrer Weitsicht und Weisheit ausgaben, wogegen sie erbittert und ruppig angeordnet waren. Von dort bis zu den beiden Nationalhymnen in Bonn war der Weg doch kürzer, als manche gemeint hatten. Ohne Hämne frage ich, ob man einen sozialdemokratischen Bundeskanzler den roten Teppich wohl unbeanstandet für den ersten Repräsentanten der DDR hätte ausrollen lassen. (Andererseits ist es ja dann so, daß konservative Regierungen auch zu etwas nutzlos sind. Sie brauchen allerdings dazu sehr viel Zeit).

(Den zweiten Teil) und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)

(-/6.10.1987/vo-hp/rs)
Veränderung Umfang
 im sozialen Rahmen
 Reichhaltigkeit

